

Landkreis Teltow-Fläming

Dezernat III
Umweltamt / Untere Naturschutzbehörde

Dienstgebäude: Am Nuthefließ 2

Datum: 17.07.2024
Auskunft: Frau Hintze / Frau Schön /
Frau Sommerer
Zimmer: B4.3.05
Telefon: 03371 608 2515
Aktenz.: 41102/24/672

Dezernat IV
A 80 Amt für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung
A 80.2 SG Kreisentwicklung
Zinnaer Straße 34
Frau Lehmann, Reiter, Schönberger

Stellungnahme der Unteren Naturschutzbehörde zum:

Stellungnahme der UNB im Rahmen der Trägerbeteiligung hier: Bebauungsplan Nr. 46
"Ahrensdorfer Heide - Gartenstadt im Rosseau Park" der Stadt Ludwigsfelde

Frühzeitige Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Absatz 1 BauGB - Äußerung im Hinblick auf den erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung (UP) nach § 2 Absatz 4 BauGB

Meiner Stellungnahme liegen die folgenden am 27.05.2024 im Umweltamt, SG Untere Naturschutzbehörde, eingegangenen Unterlagen zu Grunde:

- Begründung zum Vorentwurf vom (Stand: März 2024)
- Planzeichnung zum Vorentwurf vom (Stand: März 2024)
- Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag (Stand: 14. Mai 2024)

☐ Keine Betroffenheit durch die vorgesehene Planung

☒ **Betroffenheit durch die vorgesehene Planung**

Aus naturschutzrechtlicher Sicht ist momentan die Verwirklichung der beabsichtigten Planung nicht möglich, weil dem Vorhaben rechtliche Vorgaben entgegenstehen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können.

1. Einwendungen

Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können

a) Einwendung:

Bei der Bauleitplanung sind, neben der Betrachtung des Schutzgutes „Arten/ Biotope“ im Rahmen der Eingriffsregelung, die Belange des besonderen Artenschutzes zu berücksichtigen. Es ist seitens des Vorhabenträgers zu prüfen, ob bei der Umsetzung des B-Plans die artenschutzrechtlichen Schädigungs- und Störungsverbote für alle planungsrelevanten europarechtlich geschützten Tier- und Pflanzenarten (Arten des Anhang IV der FFH-Richtlinie sowie die europäischen Vogelarten) gem. § 44 Abs. 1 i. V. m. Abs. 5 BNatSchG eingehalten werden. Dies setzt eine fachlich nachvollziehbare Darstellung des entsprechenden Arteninventars im Planungsraum, eine korrekte Abarbeitung der Eingriffsregelung im Umweltbericht sowie eine artenschutzrechtliche Prüfung (Artenschutzfachbeitrag [AFB]) voraus.

1. Nach den Erfahrungen der Unteren Naturschutzbehörde sind Reviere von Heidelerchen an Waldrändern, die direkt an Siedlungsgebiete grenzen, nicht bekannt. Die Lage der Maßnahmenfläche V6, wird daher auf Basis der textlichen Beschreibung fachlich als nicht geeignet eingeschätzt, der genaue Standort der vorgeschlagenen Maßnahmenfläche ist allerdings aufgrund fehlender Angaben unklar. In Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde sind alternative Maßnahmenflächen für die Heidelerche zu suchen. Sollten Gegenbeispiele mit bereits existierenden Revieren von Heidelerchen auf mit dem bisherigen Vorschlag vergleichbaren Standorten bekannt sein, sind diese darzulegen.

Der Standort der Maßnahmenfläche für Zauneidechsen (CEF 1) ist ebenfalls unklar, daher kann auf Grundlage der vorliegenden Unterlagen keine fachliche Bewertung des Vorschlags vorgenommen werden.

Sowohl für die Heidelerche (V6 bzw. ggf. CEF- oder FCS-Maßnahme) als auch für die Zauneidechse (CEF 1) sind Maßnahmenflächen in Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde festzulegen und die genaue Verortung mithilfe von Kartendarstellungen und Flurstückangaben im artenschutzrechtlichen Fachbeitrag zu ergänzen.

2. Sofern die Ausgleichsfläche für Zauneidechsen und Heidelerchen im Ergebnis der Abstimmungen mit der UNB innerhalb des Geltungsbereichs des Bebauungsplans liegen, ist die Maßnahmenfläche als „Fläche oder Maßnahme zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft“ gem. § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB in den Bebauungsplan aufzunehmen, ansonsten wird auf Punkt 6 der „Sonstigen fachlichen Informationen oder rechtserheblichen Hinweise [...]“ dieser Stellungnahme verwiesen.
3. Die ökologische Bedeutung der verlorengehenden Strukturen in den Habitat-/Höhlenbäumen ist auf Basis des eingereichten artenschutzfachlichen Beitrags nicht erkennbar. Eine Bewertung des vorgeschlagenen Ausgleichs von durch die Fällung verlorengehenden Strukturen durch die Maßnahmen CEF1 und CEF 2 ist daher nicht möglich. Im Artenschutzfachbeitrag ist eine genaue Beschreibung mit Fotodokumentation der Strukturen an den aufgefundenen Habitat-/Höhlenbäumen zu ergänzen.
4. Für die Umsiedlung der Zauneidechse ist eine Ausnahmegenehmigung nach § 45 Abs. 7 BNatSchG erforderlich, dies ist in den Planungsunterlagen anzupassen.
5. Für Zauneidechsen und Brutvögel ist eine Kartendarstellung in den artenschutzfachlichen Beitrag einzufügen, sowie Datum, Uhrzeit und Witterungsverhältnisse der Kartierungstage zu ergänzen.

Eine abschließende fachliche Beurteilung seitens der UNB ist somit noch nicht möglich.

b) Rechtsgrundlage:

§ 44 Abs. 1 i. V. m. Abs. 5 BNatSchG

§ 45 Abs. 7 BNatSchG

§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB

c) Möglichkeiten der Anpassung an die fachgesetzlichen Anforderungen oder der Überwindung:

Die Schutzmaßnahmen und v.a. die funktionserhaltenden Maßnahmen im Sinne des § 44 Abs. 5 BNatSchG sind so zu präzisieren, dass bei einer späteren Planumsetzung davon ausgegangen werden kann, dass die Zugriffsverbote eingehalten werden können und die vorgezogene Realisierung der Maßnahmen im Fall der Planumsetzung gewährleistet ist.

Die Kompensationsmaßnahmen sind dafür genau zu quantifizieren und zu verorten. Ferner ist deren Umsetzung sicherzustellen und die langfristige rechtliche Sicherung, Pflege und Kontrolle vorzubereiten (z. B. über Festsetzungen innerhalb des B-Plans oder über dingliche Sicherung im Grundbuch und städtebaulichen Vertrag außerhalb).

Lässt sich trotz Schutzmaßnahmen die Verletzung der Zugriffsverbote nicht ausschließen, sind die Voraussetzungen für eine Ausnahmegenehmigung nach § 45 Abs. 7 BNatSchG oder für eine Befreiung nach § 67 Abs. 2 BNatSchG zu prüfen. Die Zugriffsverbote gelten in diesem Fall für alle Arten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie und alle europäischen Vogelarten (§ 44 Absatz 1 in Verbindung mit Absatz 5 BNatSchG).

Bei Fragen zu den Belangen des Artenschutzes, steht Ihnen in der UNB Frau Schön zur Verfügung (Tel.: 03371 608-2502, miriam.schoen@teltow-flaeming.de).

2. Hinweise zur Festlegung des Untersuchungsumfangs des Umweltberichts

a) Insgesamt durchzuführende Untersuchungen:

1. Für die Belange des Umweltschutzes nach § 1 Abs. 6 Nr. 7 und § 1a BauGB ist gemäß § 4 Abs. 2 BauGB eine Umweltprüfung (UP) durchzuführen, in der die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen ermittelt und in einem Umweltbericht (UB) beschrieben und bewertet werden; die Anlage zum BauGB ist dabei anzuwenden.
2. Die Untersuchung des Plangebiets auf Nester der Roten Waldameise und Integration der Ergebnisse in den artenschutzfachlichen Beitrag. Ergeben sich im Zuge der Begehungen Hinweise auf Vorkommen weiterer streng geschützter Arten, die bisher nicht erfasst wurden, sind diese in die Prüfung mit einzubeziehen. Im Konfliktfall sind geeignete Vermeidungs- und funktionserhaltende Maßnahmen zu entwickeln und langfristig zu sichern. Lassen sich die artenschutzrechtlichen Zugriffsverbote trotz Schutzmaßnahmenkonzept nicht sicher einhalten, sind die Ausnahmenvoraussetzungen nach § 45 Abs. 7 BNatSchG zu prüfen und darzulegen.

b) Untersuchungsumfang für die aktuell beabsichtigte Planung:

1. Im Planungsgebiet ist eine (aktuelle) Biotopkartierung vorzunehmen und im Umweltbericht zu integrieren. Die Kompensation ist dementsprechend anzupassen.
2. Für die artenschutzfachliche Prüfung sind fachgutachterliche Kartierungen folgender Artengruppen nach den aktuellen Methodenstandards erforderlich:
 - a. Waldameisen: Kontrolle auf Nester der hügelbauenden Waldameisen

3. Hinweise für Überwachungsmaßnahmen

a) Mögliche Überwachungsmaßnahmen zur Feststellung unvorhergesehener nachteiliger Auswirkungen:

-

b) Möglichkeiten zur Nutzung bestehender Überwachungssysteme:

-

4. Weitergehende Hinweise

-

- ☐ **Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den oben genannten Plan berühren können, mit Angabe des Sachstands und des Zeitrahmens:**

-

☐ **Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem oben genannten Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und gegebenenfalls Rechtsgrundlage:**

1. Innerhalb des Geltungsbereichs dieses Bebauungsplans gilt die Verordnung des Landkreises Teltow-Fläming zum Schutz von Bäumen als geschützte Landschaftsbestandteile. Bäume, die gemäß § 1 BaumSchVO TF geschützt sind und nicht dem Wald zugeordnet werden, sind möglichst zu erhalten und vor Beschädigungen zu bewahren. Bauvorhaben sind technisch so umzusetzen, dass Bäume möglichst erhalten werden. Sollte die Fällung von Bäumen zur Umsetzung von Bauvorhaben erforderlich sein, ist ein Antrag auf Maßnahmen im Baumbestand zu stellen und den Bauantragsunterlagen beizufügen.
2. Gemäß § 39 Absatz 5 Satz 1 Nummer 2 BNatSchG ist es verboten, in der Zeit vom 1. März bis zum 30. September Bäume außerhalb des Waldes, Hecken, Gebüsche und andere Gehölze abzuschneiden, auf den Stock zu setzen oder zu beseitigen. Das gilt für alle Gehölze, unbeachtet dessen, ob sie gesetzlich geschützt sind oder nicht.
3. Die Ersatzaufforstung im Rahmen des Waldumwandlungsverfahrens ist im Naturraum Mittlere Mark umzusetzen.
4. Bezüglich der Maßnahmen zur Vermeidung/Minimierung, zum Ausgleich und zum Ersatz der nachteiligen Auswirkungen des Eingriffs auf Natur und Landschaft wird darauf hingewiesen, dass die Eingriffsregelung im Hinblick auf alle Schutzgüter gemäß § 18 Abs. 1 BNatSchG i.V. m. § 1a Abs. 2 und 3 BauGB abschließend auf der Ebene des Bauleitplanes bewältigt werden muss. Die Straßenflächen sind vollständig als Vollversiegelung zu bilanzieren (Abzug bereits vorhandener Verkehrsflächen).
5. Für den Bereich des bereits vorhandenen Lagers der Baustellenlogistik wurde kein Eingriff genehmigt, der bisher kompensiert wurde. Daher ist hier keine (Teil-)Versiegelung anzurechnen.
6. Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen (auch mit Bezug zum besonderen Artenschutz) müssen gemäß § 15 Abs. 4 BNatSchG auch in rechtlicher Hinsicht gesichert werden, da anderenfalls die Gefahr besteht, dass der Eingriff nicht ausgeglichen wird und somit die Belange von Naturschutz und Landschaftspflege nicht entsprechend § 18 Abs. 1 BNatSchG i. V. m. § 1a Nr. 3 BauGB berücksichtigt werden. Maßnahmen die einen städtebaulichen Bezug haben und bodenrechtlich relevant sind, können üblicherweise über entsprechende Festsetzungen im Bebauungsplan gesichert werden.

Maßnahmen denen der städtebauliche Bezug bzw. die bodenrechtliche Relevanz fehlt (z.B. Maßnahmen außerhalb des Bebauungsplangebietes oder zu konkretisierende Ausführungen bezüglich der Flächenpflege und der Erfolgskontrolle) müssen über einen städtebaulichen Vertrag gesichert werden. Bisher liegen keine unterzeichneten städtebaulichen Verträge vor.

Da die Eingriffsregelung entsprechend § 18 Abs. 2 BNatSchG abschließend auf der Ebene der Bauleitplanung abzuarbeiten ist, hat der Nachweis über die Sicherung und Kompensationsmaßnahmen also spätestens vor Satzungsbeschluss der Unteren Naturschutzbehörde vorzuliegen.

Eine zusätzliche privatrechtliche Sicherung z. B. durch Grundbucheintrag ist erforderlich und sinnvoll, sofern die Flächen nicht im Besitz des Vorhabenträgers sind. Nur dann können die Maßnahmen auch bei einer denkbaren Weitergabe oder Veräußerung des Grundstücks an Dritte oder bei geplanter Realisierung auf Grundstücken im Eigentum Dritter durchgesetzt werden.

Der städtebauliche Vertrag einschließlich des Maßnahmen- und Pflegekonzeptes sind mit der Unteren Naturschutzbehörde abzustimmen und spätestens vor Satzungsbeschluss vorzulegen.

Sollte die rechtliche Sicherung bis zum Bauantragsverfahren nicht nachgewiesen sein, besteht die Gefahr, dass es so lange zur Versagung der Baugenehmigung kommt, bis die rechtliche Sicherung der Kompensationsmaßnahmen erfolgt ist.

7. Flächennutzungsplan (FNP)/**Landschaftsplan (LP)**

Grundsätzlich sind auf der Ebene der Bauleitplanung die örtlichen Ziele, Maßnahmen und Erfordernisse des Naturschutzes und der Landschaftsplanung (§§ 9 ff BNatSchG) konkret darzustellen. Für den Bereich des Bauleitplanes liegt ein Landschaftsplan (LP) vor, der die Fläche als Siedlungsfläche ausweist. Das Plangebiet entspricht den Darstellungen des LP, keine Einwendungen.

8. Folgender Text ist unter Hinweise in die Planzeichnung und in die Begründung zu übernehmen:
„Die Baufeldfreimachung und Fällung von Gehölzen muss in der Zeit zwischen dem 1. Oktober und dem 28. Februar erfolgen, um eine Beeinträchtigung von Vögeln während der Brutzeit, die Zerstörung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten der Vögel sowie der Entwicklungsformen (Eier, Jungvögel) zu vermeiden. Vor Beginn der Bautätigkeit sollte eine nochmalige Kontrolle der zu entnehmenden Gehölze auf Nist- und Ruhestätten – auch bezüglich des Eichhörnchens – erfolgen.“
9. Die Ergebnisse und daraus abgeleiteten Maßnahmen zur Vermeidung und Kompensation aus dem artenschutzfachlichen Beitrag sind in den Umweltbericht einzuarbeiten, der in die Begründung zum Bebauungsplan integriert ist.
10. Der Abfang von Zauneidechsen aus dem Baufeld darf erst nach Rücksprache mit der Unteren Naturschutzbehörde beendet werden.
11. Die Erschließung und langfristige Unterhaltung der geplanten Entwässerungsanlagen zur Regenwasserversickerung ist so zu planen, dass Konflikte mit dem Artenschutz vermieden werden.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

B. Paul
SG-Leiterin

Gesetzliche Grundlagen - Fundstellen der zitierten Gesetze und Verordnungen

BauGB

Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20.12.2023 (BGBl. I S. 394) m. W. v. 01.01.2024 (BGBl. I S. 184)

BaumSchVO TF

Verordnung des Landkreises Teltow-Fläming zum Schutz von Bäumen als geschützte Landschaftsbestandteile (Baumschutzverordnung Teltow-Fläming – BaumSchVO TF vom 10. Dezember 2013 (Amtsblatt des Landkreises Teltow - Fläming Nr. 39 S. 3 vom 17. Dezember 2013), zuletzt geändert durch die „Erste Verordnung zur Änderung der Verordnung des Landkreises Teltow- Fläming zum Schutz von Bäumen als geschützte Landschaftsbestandteile (Baumschutzverordnung Teltow-Fläming – BaumSchVO TF)“ vom 23. Februar 2017 (Amtsblatt Landkreis Teltow-Fläming, Nr. 5 vom 28. Februar 2017, S. 9)

BNatSchG

Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz – BNatSchG) vom 29.07.2009 (BGBl. I Nr. 51 S. 2542), zuletzt geändert durch Gesetz vom 8. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2240), geändert durch Viertes Gesetz zur Änderung des BNatSchG vom 14.12.2022